



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/4193

**Bankenabgabe für Sparkassen- und Genossenschaftsbanken
verhindern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in der Nummer 1 das Wort „vollständige“ durch das Wort „weitgehende“ ersetzt und nach den Wörtern „Sparkassen und Genossenschaftsbanken“ die Wörter „und kleine Privatbanken“ eingefügt werden.“

Berichterstatter: **Johann Häusler**
Mitberichterstatter: **Dr. Harald Schwartz**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 24. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 20. Sitzung am 27. Januar 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 55. Sitzung am 5. Februar 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Martin Stümpfig
Stellvertretender Vorsitzender